

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M.; Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

**Inseratenpreise:** Die 7-spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Keine Beteiligung der U. G. P. an der Regierungsbildung.

### Abgelehnt.

Der Reichskanzler Müller hat an den Abgeordneten Genossen Crispian ein Schreiben folgenden Inhalts geschickt:

Zur Lösung der mir gestellten Aufgabe wende ich mich zuerst an die Leitung der USPD. Die Wahlen brachten der USPD 80 Mandate und machten sie damit zur zweitstärksten Partei des künftigen Reichstags. Die Beteiligung der USPD an der Regierung ist daher das Nächstliegende. In unserer jungen deutschen Republik erscheint mir die Teilnahme der USPD an der Regierung aber auch deshalb besonders notwendig, weil nur durch eine nach links hin verklärte Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen alle Angriffe von rechts vertheidigt, reaktionäre Missetate auf den nächsten Tag und die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit abgewehrt werden können und eine auswärtige Politik durchgeführt werden kann, die den republikanischen und pazifistischen Ideen der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes entspricht.

Vollständig hat die Parteileitung durch den Genossen Crispian antworten lassen. Das Schreiben, das vom 11. Juni datiert ist, lautet nach den Morgenblättern folgendermaßen:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Im Auftrage des Zentralkomitees der USPD übermittele ich Ihnen folgende Antwort auf Ihre Einladung vom 12. Juni zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern unserer Partei in die neuzubildende Regierung. Die USPD kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziel gesetzt hat und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und hält, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat. Der Eintritt der USPD in eine solche Regierung würde eine Unterstützung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie bisher grundtätig bekämpft hat, ferner eine Preisgabe ihres Programms und einen Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Kleinrentner und Kleinbauern der USPD, welche ihr bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben für die energische Fortsetzung ihrer Politik der rückwärtslosen proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistischen, militaristischen Klassenherrschaft. Zur Erreichung dieses Ziels ist die USPD zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. Trotzdem diese Partei versprochen hatte, das sozialdemokratische Programm zur Grundlage der Regierungspolitik zu machen, haben ihre Vertreter unausgesehen eine Politik der Umkehrung und des Kompromisses mit den Vertretern der alten staatlichen Bürokratie, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus betrieben, so daß die USPD gezwungen war, aus der Regierung auszutreten, um nicht mitkündig zu werden an der Wiederbelebung des Kapitalismus und Militarismus und der von ihnen betriebenen blutigen Gewaltpolitik gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft. Die seitdem betriebene rechtssozialdemokratische Koalitionspolitik der kapitalistischen Parteien hat dazu geführt, die wahren Machtverhältnisse zu verkehren und die Arbeiterklasse in ihrem Vormarsch zu behindern. Das Erkennen der Reaktion, das bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der rechtssozialdemokratischen Kompromisspolitik mit den geschnorenen Feinden der Arbeiterschaft und kann nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat verwirrenden Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundsätzliche, wahre und konsequente sozialdemokratische Politik, die die Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Kleinherrschaft zur Verwirklichung des Sozialismus erkredt. Begibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die USPD als Übergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet. Durch diese Antwort dürfte wohl auch nach Ihrer Überzeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein.

Berlin, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unser Berliner Korrespondent erzählt zur Regierungskrise: Nach dem bisherigen Programm hätte nach Ablehnung unserer Partei der Reichskanzler Müller den Auftrag zur Kabinettsbildung sofort an den Reichspräsidenten zurückgeben müssen. Es war beabsichtigt, die Bildung des Kabinetts den Rechtsparteien zu überlassen und den Auftrag dafür Herrn Stresemann zu übermitteln. Die Deutsche Volkspartei hat aber inzwischens wissen lassen, daß sie nicht den Mut besitzt, die Verantwortung für eine Regierungsbildung zu

übernehmen. Sie hat durch ihre Presse mitteilen lassen, daß sie sich mit einer neutralen Haltung begnügen will, wenn gewisse Wünsche von ihr berücksichtigt würden. Es entstand sogleich die neue Kombination der Erhaltung der alten Koalition, die mit der Bayerischen Volkspartei eine schwache Mehrheit im Parlament besitzt und die unter Einhaltung gewisser Bedingungen die wohlwollende Neutralität der Deutschen Volkspartei erlangen dürfte. Die Bedingungen der Deutschen Volkspartei sind einmal die Befreiung des Reichswehrministeriums mit einem General, zweitens die Befreiung des Auswärtigen Amtes mit einem Diplomaten, und drittens die Anhörung der Vertreter der Deutschen Volkspartei bei der Neubildung des Kabinetts. Auf eine Beteiligung an der Regierung selbst dringen die Politiker der Deutschen Volkspartei nicht mehr. Es muß als höchstwahrscheinlich gelten, daß dieser Weg für kurze Zeit, wenn nicht die Lösung, so doch eine Verschleierung der Krise bedeuten wird.

Berlin, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit schreibt zu der ablehnenden Antwort unserer Partei: Die Antwort bestätigt nur das Selbstverständliche und wird von den gesamten Parteigenossen mit einstimmiger Zustimmung aufgenommen werden. Der Reichskanzler hat von vornherein die Möglichkeit einer rein sozialistischen Regierungsbildung ausgeschlossen und zum Eintritt in eine Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien aufgefordert. Wir sollten, mit andern Worten, durch unsern Eintritt die Fortsetzung des bisherigen Regimes ermöglichen. Wir haben aber am eigenen Leibe schmerzlich erfahren, was die Koalitionspolitik eines Teils der Arbeiterschaft mit dem Zentrum und den Demokraten bedeutet. Und jetzt, nachdem diese Politik zusammengebrochen ist, werden wir eingeladen, ihre Stützen zu werden. Die Gründe für die Ablehnung gibt das Schreiben unserer Parteileitung erschöpfend wieder. Es verweist noch einmal mit Nachdruck darauf, daß die Koalitionspolitik nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung des Proletariats bedeutet, weil sie Verwirrung und Spaltung in seine Reihen trägt und die Durchführung wirklich sozialistischer Maßnahmen von den bürgerlichen Mitgliedern der Regierung verhindert werden. Wenn es dafür noch eines Beweises bedürft hätte, so ist es die schroff ablehnende Haltung, die die bürgerlichen Parteien unsern Mindestforderungen gegenüber einnehmen, an die wir kürzlich erinnert haben. Berliner Tagesblatt und Morgenpresse weisen jede Inanspruchnahme der Sozialisierung in härtester Weise zurück. Sie stellen sich schützend vor das Monopol des Großgrundbesitzes und erklären die Sozialisierung des Bergbaues, ganz wie Herr Stinnes, für undurchführbar. Sie offenbaren damit ihre Wesensgleichheit mit der Deutschen Volkspartei und zeigen, daß die Koalitionspolitik für sie stets an die Bedingung geknüpft ist, daß von Konzessionen an die Arbeiterklasse keine Rede sein darf. Mag der Versuch gemacht werden, daß die Koalitionspolitik in der einen oder andern Weise noch eine Zeitlang fortzuführen ist, mag die Scheidung zwischen bürgerlichem und proletarischem Lager auch politisch sofort klar in Erscheinung treten, der revolutionäre Sozialismus wird aus der größeren Klarheit nur gesteigerte Kräfte gewinnen können.

### Zusammentritt des Reichstags am 24. Juni.

Wie aus Berlin gemeldet wird, beabsichtigt Präsident Friedrichsbach, den neugewählten Reichstag für den 24. Juni nach Berlin zu berufen. — Durch die Vermehrung der Zahl der Abgeordneten auf 461 werden im Sitzungssaal des Reichstags einige bauliche Veränderungen notwendig, um sämtliche Reichsböten unterbringen zu können. Nach Schluß der Reichstagskonferenz sollen die Umbauten vorgenommen werden.

### Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. Volksz.) Wie die Volkszeitung meldet, ist die Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates für den 30. Juni beschloffen. Die Volltungen finden im Herrenhause statt.

### Nachricht des österreichischen Kabinetts.

Wien, 11. Juni. Staatskanzler Dr. Renner überreichte heute mittag dem Präsidenten Seid die Demission des Gesamtkabinetts. Der Präsident nahm die Demission entgegen und beauftragte die scheidende Regierung unter dem Vorsitz des bisherigen Staatskanzlers Dr. Renner mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte.

### Halb oder ganz rechts.

Die Ablehnung unserer Partei, sich an einer Koalitionsregierung zu beteiligen, in der auch bürgerliche Parteien vertreten sind, hat die Lage nach links völlig geklärt; die Klärung muß jetzt nach rechts erfolgen. Ob die alten Koalitionsparteien mit der Deutschen Volkspartei zusammen die Regierung bilden, oder ob die Deutsche Volkspartei nur Mitregierender wird — wie die neueste Version lautet — muß sich nun entscheiden.

Die Rechtssozialisten hatten am morgigen Sonntag eine Reichskonferenz ab, auf der ihre Stellung zur Regierungsbildung festgelegt werden soll. Bisher haben ihre Blätter und ihre Wortführer, so Scheidemann erst vor einigen Tagen, mit besonderem Nachdruck erklärt: „Mit der Stresemannpartei zusammen gehen wir nicht in eine Regierung!“ Der Vorwärts erhebt nun schon ein recht verdächtiges Geschrei darüber, daß unsere Partei durch die Ablehnung die politische Macht an die Rechtsparteien ausgeliefert habe. Will er damit etwa schon den Umfall seiner Partei verbrämen und begründen? Will er etwa damit sagen, die Rechtssozialisten müßten schon deshalb in die Koalitionsregierung gehen, damit den Rechtsparteien die politische Macht nicht ganz ausgeliefert sei? Diese Schwankung und Stellung der Rechtssozialisten wäre nur die geradlinige Fortsetzung ihrer Politik vom 4. August 1914. Um angeblich Schimmeres zu verhaseln, haben die Rechtssozialisten jene verbrecherische Politik der kapitalistischen Parteien und Kriegstreiber bis zum Zusammenbruch und dann die arbeitserfindliche Koalitionspolitik seit dem Februar 1919 mitgemacht.

Es wäre ja äußerst verwunderlich, wenn sie jetzt auf einmal eine völlig konsequente sozialistische Politik treiben wollten. Zwar hat der Vorwärts vor einigen Tagen sich uneingeschränkt und sogar ziemlich nachdrücklich für das Minimalprogramm unserer Partei ausgesprochen und so getan, als wäre die Erfüllung dieser Forderung für jeden Sozialisten selbstverständlich, aber die zu sprechen gar nicht weiter nötig wäre. Als seine Partei aber jetzt vor die Frage gestellt wurde das Programm anzunehmen und mit der Unabhängigen Sozialdemokratie unter Ausschluß aller bürgerlichen Parteien eine Regierung zu bilden, da zeigte sich sofort wieder, daß jene Meinung des Vorwärts über die selbstverständlichen Forderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie nur Augenwuscher für die Deffenlichkeit war. Ja, noch mehr, der wahre Charakter des Blattes und seiner Partei tritt in dem Artikel drastisch zutage, worin er über die Ablehnung der Unabhängigen Sozialdemokratie zeteriert. Er sagt: „Eine Arbeiterregierung mit geringem linksbürgerlichem Einschlag sei von der Unabhängigen Sozialdemokratie abgelehnt worden. Mit Verkauf! In dem Schreiben des Reichskanzlers Müller findet sich die Wendung des Vorwärts von einer „Arbeiterregierung mit linksbürgerlichem Einschlag“ nicht, da ist vielmehr nur die Rede von einer nach links hin verstärkten Koalitionsregierung. Damit ist aber klar ausgedrückt, daß die bisherigen bürgerlichen Koalitionsparteien mit gemeint sind. Es war daher selbstverständlich, daß unsere Parteileitung auf eine solche Anfrage nur eine glatte Ablehnung folgen lassen konnte. Wer sollte denn nun dieser linksbürgerliche Einschlag sein? Etwas der eingetischelte Kapitalvertreter Dernburg mit seinem Anhang? Selbst die linksgerichtetsten demokratischen Blätter haben unser Minimalprogramm strikte abgelehnt und hervorgehoben, der Gegensatz zwischen ihnen und der Unabhängigen Sozialdemokratie sei weit größer als der zwischen den linksgerichteten bürgerlichen Koalitionsparteien und der Deutschdemokratischen Partei.

Die Hauptfrage bei den Rechtssozialisten ist nun die, ob sie das, was ihre Wortführer und Blätter unablässig beteuert haben, wahr machen wollen, daß sie ohne die Unabhängige Sozialdemokratie in keine Koalitionsregierung eintreten wollen. Diese Frage, wie auch ihre Stellung zur Regierungsbildung selbst, wird ja nun in der morgigen Konferenz eine deutliche Beantwortung finden. Es wird sich dann vor allen Dingen fragen, was sie darauf zu erklären haben, warum sie mit der Unabhängigen Sozialdemokratie auf Grund des Minimalprogramms keine sozialistische Regierung bilden wollten. Entscheidet sich die Konferenz für eine weitere Beteiligung mit der bürgerlichen Koalition, so beginnt für die rechtssozialistische Partei, das wissen ihre führenden Leute sehr genau, erst recht die große Schwierigkeit und auch ihr Zerfall. Dazu kommt aber dann noch, daß die sie stützenden Arbeitermassen, die in den Gewerkschaften organisiert sind, eine solche Politik auslöschen bekämpfen werden. Dabei mag die Frage ruhig aus-